



Berlin, 19.04.2016

Pressemitteilung 8/2016

Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ muss endlich auf den Weg gebracht werden

Verena Bentele: „Statt neuer Verhandlungsrunden erwarten die Menschen eine würdige Behandlung und konkrete Entscheidungen.“

Heute treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Fachministerien der Länder, um über das weitere Verfahren zu der geplanten Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ zu beraten. Diese soll ein Hilfesystem für Menschen schaffen, die in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie Unrecht und Leid erfahren haben. Dazu sagte Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen: „Es wird höchste Zeit, dass die Stiftung auf den Weg gebracht wird. Statt neuer Verhandlungsrunden erwarten die betroffenen Menschen eine würdige Behandlung und konkrete Entscheidungen. Sie dürfen nicht weiter Spielball von Finanzstreitigkeiten sein.“

Unter Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales entwickelt seit Dezember 2015 eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Arbeits- und Sozialministerkonferenz, der Gesundheitsministerkonferenz, der Finanzministerkonferenz und der Kirchen ein Konzept für die Stiftung. Strittig sind noch Details der Ausgestaltung, der Hilfeleistungen und die Aufteilung der Finanzierung. Dennoch soll die Stiftung noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Bentele: „Ich appelliere an die Beteiligten von Bund, Ländern und Kirchen, eine gute Lösung zu finden. Das Warten auf Anerkennung und Hilfe muss ein Ende haben.“

Zum Hintergrund: Mit der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ soll ein Hilfesystem geschaffen werden für Menschen, die als Kinder und Jugendliche in der Zeit von 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) beziehungsweise 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe beziehungsweise stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben. Diese Menschen gehörten nicht zur Personengruppe, für die die Fonds Heimerziehung DDR und Fonds West aufgelegt worden waren.

Kontakt:

Christina Jäger, Pressesprecherin

+49 30 18 527-1797

presse@behindertenbeauftragte.de